

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock
und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinsp.
Zeile 10 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.
Humorist. Blätter) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 56.

34. Jahrgang.
Donnerstag, den 12. Mai

1887.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg Mittwoch, den 18. Mai 1887, Nachmittags 3 Uhr

im VerhandlungsSaale der unterzeichneten Amtshauptmannschaft.
Die Tagesordnung ist aus dem Anschläge in der Hausflur des amtshaupt-
mannschaftlichen Dienstgebäudes zu ersehen.
Schwarzenberg, am 6. Mai 1887.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Führ. v. Birjng.

E.

Bekanntmachung.

Diejenigen unbemittelten Einwohner hiesiger Stadt, welche Erlaubniß zum
Eseholzsammeln für nächstes Jahr zu erhalten wünschen, werden hiermit aufge-
fordert, sich bei Vermeidung der Nichtberücksichtigung bis spätestens

zum 15. Juni dieses Jahres

in hiesiger Rathregistratur zu melden.

Eibenstock, den 5. Mai 1887.

Der Stadtrath.

Vöcher, Bürgermeister.

Rl.

„Rußland für die Russen!“

So lautet das Rezept, das von Radow ver-
schrieben, die Befundung des russischen Volkes und der
russischen Finanzen herbeiführen soll. Der Satz klingt
so einfach, daß sich kaum etwas gegen ihn einwenden
läßt, denn in Wirklichkeit hat jeder Staat die nächst-
liegende Pflicht, zunächst für sich und seine Ange-
hörigen zu sorgen. Aber die Moral der Völker ist
nicht so sehr von der Moral des Einzel-Individuums
verschieden, daß der blanke Eigennutz als eine Tugend
des Staates erscheinen könnte. Sie ist nicht nur
keine Tugend, sie ist sogar noch nebenher eine ...
Unflugheit.

In Rußland sollen die Eisenzölle abermals und
zwar so bedeutend erhöht werden, daß eine Einfuhr
fast zur Unmöglichkeit wird. Die deutsche Industrie
hat diese Politik un schwer voraussehen können und
ihre dadurch zu bezeugen gesucht, daß sie in Rußland
nahe der Grenze Eisenwerke anlegen ließ, denen sie
Erze zur Weiterverarbeitung schickte. Nun hat der
Czar einen Befehl erlassen, daß ein fernerer Geset-
zentwurf ausgearbeitet werden soll gegen die „Anfied-
lung fremder Unterthanen an der westlichen Grenze
des Reiches“ und gegen die Verwendung ausländi-
scher Arbeiter in den bereits bestehenden Etablisse-
ments dieser Art.

Das Bestreben Rußlands ist also darauf gerichtet,
sich wirtschaftlich gegen uns vollständig abzusperren.
Es ist das sein gutes Recht und es wird wohl Nie-
mand den Versuch machen, auf dem Wege selbst des
„sanftesten Zwangs“ von derjenigen Wirtschaftspolitik
abzuhalten, die es für die richtige hält. Auch in
Deutschland besteht ja der Schutz der nationalen Ar-
beit, wie könnten wir deshalb auf Rußland erbittert
sein, wenn es gleichfalls einen solchen für sein Ge-
biet proklamirt.

Rußlands Industrie ist erst im Entstehen begriffen;
was sie bereits ist, wurde sie erst durch deutsche Kraft,
deutsche Ingenieure, deutsche Werkmeister, deutsche
Vorarbeiter. Man glaubt in Rußland nun so weit
zu sein, dieser deutschen Beihilfe entzathen zu können
und darin allerdings dürfte man sich verrechnet haben.
Wenn man heute alle deutschen Arbeitskräfte aus
dem Czarreiche verjagte, so müßten schon nach Jah-
resfrist oder noch früher gute Worte gegeben werden,
daß die Ausgewiesenen auf ihre Plätze zurückkehrten.
Aber darin gerade wurzelt zum großen Theil der
Deutschenhaß in Rußland, daß alle qualifizierte Arbeit
überwiegend von Deutschen geleistet wird. Die grobe
Arbeit verrichten die fleißigen, aber wenig intelligenten
Rußen.

Der Bodenreichtum Rußlands ist erstaunlich;
aber es fehlen die Kräfte, ihn zu heben. Der rus-
sische Bergbau hat nur im Ural einige Bedeutung;
sein Betrieb ist aber auch dort nicht rationell und
wird zu fünf Siebenteln durch Strafgefangene, die
zur Zwangsarbeit verurtheilt sind, betrieben. In
Wolhynien und längs der Wolga ist die Industrie
schon kräftig entwickelt (von den deutschen Ostsee-
provinzen nicht zu reden), aber überall in den Fabriken
herrscht das deutsche Element vor.

Was bedeutet dem gegenüber die Absperrung des
deutschen Eisens, was die Ausschließung deutscher
Arbeiter von deutschen Etablissements, die nahe der
deutschen Grenze in Betrieb sind? Die panslawisti-
schen Blätter machen dafür politische und volkwirt-
schaftliche Gründe geltend, aber sie können nicht hin-

wegdiskutiren, daß jene Maßregeln ein zweischneidiges
Schwert sind. Hohe Finanzzölle könnte Rußland ge-
brauchen, sie müßten getragen werden, -- aber Zölle,
die die Einfuhr unmöglich machen, haben für Ruß-
land keinen Sinn. Denn erstensmal bringen sie dem
Staatsfiskus nichts zu und zweitensmal vertheuern
sie der Industrie, der jungen, sich entwickelnden In-
dustrie ganz unnötig die Rohprodukte; bei der Art
und Weise, wie in Rußland der Bergbau betrieben
wird, ist dies nur allzu erklärlich. Da verdient der
Unternehmer nichts und der Konsument zahlt trotz-
dem theuer.

Man sagt, die russischen Eisenzölle seien Repres-
sallen für die deutschen Kornzölle. Das mag sein,
wäre aber ungerechtfertigt. Die deutschen Kornzölle
haben die Einfuhr russischen Getreides nach Deutsch-
land nicht gehindert und bringen dem Reichsfiskus
jährlich Duzende von Millionen ein, die sonst auf
andere, vielleicht drückendere Weise aufgebracht werden
müßten. Zudem sind seit Einführung der Zölle die
Kornpreise nicht in die Höhe gegangen. Die russischen
Eisenzölle dagegen sind nicht Finanz- und nicht Schutz-
zölle, denn in Rußland giebt es eben nichts zu schützen.
Da thut die deutsche Konkurrenz erst recht noth, um
den unverwundlichen Schindrian etwas auf die Beine
zu bringen.

Ueber die neuesten russischen Zollmaßregeln
bemerkte die „R. Z.“ anscheinend offiziös, dieselben seien
ein Ereigniß von sehr ernster Bedeutung, ein Schlag
gegen die deutsche Industrie, auch gegen die von
Deutschen in Rußland begründete, der für manchen
Zweig derselben nahezu vernichtend sein dürfte, ein
Schlag aber auch ins Gesicht der früheren russischen
Politik und der heutigen amtlichen russischen Staats-
lenker. Die Maßregel beweise, daß die Radow'sche
Richtung in Rußland über die wirkliche Macht und
den Willen des Kaisers verfügt, nicht aber die beson-
nene Partei, an deren Spitze Herr von Siers steht.
„So brutale Maßnahmen, wie sie der jetzige russische
Finanzminister durchgesetzt hat, können nicht ohne
Rückwirkung auf das politische Verhalten zu dem Nach-
barlande bleiben, gegen das sie gerichtet sind, und
man wird nicht fehlgehen mit der Annahme, daß sie
gerade zu diesem Zweck beschlossen wurden. Die bei
uns in Gang gekommene Bewegung auf Verdoppel-
ung der Getreidezölle hat durch die neuesten russischen
Maßnahmen eine gewaltige Stärkung erhalten.“

Tagesgeschichte.

— Deutschland. An unterrichteten Stellen
wird bestritten, daß die von den Offizieren angekündigt
gewesene Absicht, ein deutsches Spionagesgesetz zu
erlassen, thatsächlich jemals vorhanden gewesen sei.
Diese Drohung gehörte gewissermaßen zu den begleiten-
den Nebenumständen des Schnäbelfalles und hatte
dort auch ihren richtigen Platz. Seitdem die Affäre
beigelegt ist, läßt man auch das Spionagesgesetz dahin
fallen, wohin es gehört, und zwar unter den Tisch.
Man kann sich nämlich nicht recht vorstellen, wie ein
solches Gesetz beschaffen sein muß, um mehr zu leisten,
als es die vorhandenen gesetzlichen Mittel ohnehin
schon thun.

— Oesterreich. Was der Abg. Kroy in der
Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses am
Donnerstag sagte, ist zwar selten in einem Parlamente
vernommen worden, aber doch nicht mehr unerhört.

Seine zweistündigen Ausführungen über die Verwalt-
ung des Ministeriums Taaffe waren darauf berechnet,
die Behauptung zu unterlägen, mit der er schloß:
die Behauptung, daß die Regierung durch die Be-
günstigung der Slaven und ihrer Bestrebungen, die
Deutschen zu unterdrücken und auszubeuten, den
Bürgerkrieg in Oesterreich entzünden und die
Deutsch-Oesterreicher zum Anschluß an das Deutsche
Reich drängen wird. — Der Sprachenantrag Schmer-
ling ist vom Hause abgelehnt worden. Die Tscheki-
sierung Deutsch-Oesterreichs geht also fortan ihren
ruhigen Gang — in einem halben Jahrhundert späte-
stens giebt es keine deutsche Stadt Wien mehr.

— Frankreich. Ueber das Treiben gewisser
Kreise in Frankreich läßt sich die „Voss. Ztg.“ von
ihrem Pariser Korrespondenten melden: „Es ist wohl-
verstandener, daß die große Mehrheit des französischen
Volkes keinen Krieg will und daß die Regierung fest
entschlossen ist, ihn in keinem Falle zu erklären, schon
darum nicht, weil sie zu wissen glaubt, daß gewisse
Bündnisse Deutschlands nur in dem Falle gültig sind,
wenn die Kriegserklärung von Frankreich ausgeht.
Aber bei alledem thun gewisse Blätter hier ihr Mög-
lichstes, um keine Friedensstimmung und Beruhigung
aufkommen zu lassen. Es ist ganz schön, diesen
Blättern jede politische Bedeutung abzusprechen. Letz-
tere haben sie in der That nicht, insofern als keine be-
stimmten Parteien und keine leitenden Persönlichkeiten
hinter ihnen stehen. Aber das hindert doch nicht,
daß sie täglich von Zehntausenden, wie die „France“,
oder von Hunderttausenden, wie die „Lanterne“, gele-
sen werden, und in weiten Volkskreisen eine Erbitterung
und einen Haß nähren, der sich bei jeder Gele-
genheit und zuletzt wieder bei den Lohengrin-Ausläu-
fen in einer Weise kundgiebt, welche unter Umständen
für den Frieden gefährlich werden kann. Seit der
Freilassung des Herrn Schnäbels pflegt diese Gattung
von Heßblättern die Spionensjagd mit einem Eifer,
wie man ihn seit der Belagerung von Paris nicht
gekant hat. Jeden Tag wird an den verschiedensten
Punkten des französi. Gebiets mindestens ein halbes
Duzend deutscher Spione entdeckt. Einmal ist es ein Ar-
beiter in einer Kerzenfabrik, der plötzlich verschwindet
und einen deutlichen Spionengeruch hinter sich zurück-
läßt. Ein andermal ist es ein Mönch, der in Beglei-
tung zweier Nonnen (ein sicheres Mittel, um unbemerkt
zu bleiben!) auf den Landstraßen herumstreicht und
Festungen aufnimmt. Ein drittes Mal ist es ein
Fabrikant, dann wieder eine Gouvernante u. s. w.
Jedesmal ist der Spion mindestens Ulanen-Rittmeister;
die Arbeiter in den Fabriken, die Kellner u. s. w. sind
sogar Stabsoffiziere und die angeblichen Dienstmäd-
chen und Erzieherinnen Töchter oder Frauen von
Obersten und Generalen. Diese blödsinnigen Ge-
schichten werden von den Heßblättern mit großer Um-
ständlichkeit, immer mit einem Aufwande von Eigen-
namen und Zahlen vorgetragen, von den meisten an-
deren Zeitungen triumphirend nachgedruckt und von
der Menge blind geglaubt. Daß kein einziger dieser
angeblichen Spione jemals — trotz dem Spionengesetz —
vor den Richter gestellt wird, erschüttert die Leute in
ihrem Vertrauen nicht und es ist somit ganz erklär-
lich, wenn das Kriegsgeschrei kein Ende nimmt.“

— Französische Mobilisierungsprobe.
Wie die „Agence Havas“ meldet, unterzeichnete Grevy
ein Dekret betreffend die Einbringung eines Gesetz-
entwurfs über einen Mobilisierungsversuch, welcher im